

62. Studierendenparlament der Universität zu Köln



Beschluss des Studierendenparlaments vom 08. Mai 2017

Für das Leben – JA zur Initiative der Vereinten Nationen zur Abschaffung von Atomwaffen

„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden. (...) Ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Nationen im Krieg verbrauchen, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern.“

Albert Einstein, Warum Krieg? Für einen militanten Pazifismus.

Aus dem Abwurf der Atombombe, der Ermordung von tausenden Menschen und der Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki haben Forscher Konsequenzen gezogen für eine Wissenschaft im Geiste der Humanität und des Friedens. Auch aufgrund der Opposition und des Engagements von Atomforschern wie den Göttinger 18 ist es gelungen, die Pläne von Kanzler Adenauer zur Entwicklung einer deutschen Atombombe zu verhindern.

Wissenschaft hat Bedeutung für alle und trägt daher Verantwortung. Die Entwicklung von Atomwaffen gefährdet die Menschheit, ihre Abschaffung bedeutet eine Stärkung internationaler Kooperation und eine Verbesserung der Lebensbedingungen weltweit.

Das Studierendenparlament unterstützt daher die Bemühungen der Vereinten Nationen für eine Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffe und kritisiert die Blockadehaltung der Bundesregierung. Es fordert den Rat der Stadt Köln und den Senat der Universität auf, in diesem Sinne Stellung zu beziehen und unterstützt den vom Kölner Friedensforum initiierten zivilgesellschaftlichen Antrag an den Rat der Stadt Köln.

Antragsteller: Wendepunkt – Sozialisten und weitere Aktive

Präsidium

Christopher Kohl

1. Sprecher

Theodor Jost

2. Sprecher

Inpayogi Yogendran

2. Sprecher

62. Studierendenparlament
der Universität zu Köln
c/o AStA
Universitätsstraße 16
50937 Köln
Tel. +49 221 470-2993
Fax +49 221 470-5071
stupa-praesidium@uni-koeln.de

Zu erreichen mit:

KVB-Bahnlinie 9
KVB-Buslinien 130, 142

62. Studierendenparlament der Universität zu Köln



Anhang:

An den Rat der Stadt Köln: Für das Leben - JA zu Initiative der Vereinten Nationen zur Abschaffung von Atomwaffen

Das Engagement gegen Atomwaffen steht in dieser Stadt in guter Tradition. In der Sitzung vom 30. Oktober 1984 erklärt der Rat der Stadt Köln: „... im Rahmen seiner kommunalen Möglichkeiten wird der Rat alle Möglichkeiten nutzen, die Herstellung, Nutzung, Lagerung, Stationierung und den Transport von atomaren, biologischen und chemischen Waffen und Trägersystemen im Kölner Stadtgebiet zu unterbinden.“ In der Sitzung vom 25. April 1985 beschließt der Rat, dem „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beizutreten. Dieses Programm heißt heute „Mayors for Peace“. Weltweit sind ca. 8000 Städte bei den Mayors for Peace organisiert, in der BRD z. Z. 454 Gemeinden.

Im Oktober letzten Jahres haben die Vereinten Nationen mit den Stimmen von 129 Staaten beschlossen, einen Prozess zur weltweiten Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen zu initiieren. Die BRD gehört zu den 38 Staaten, die gegen diesen Entschluss gestimmt haben. Die Bundesregierung beteiligt sich bisher wie die USA und Russland und weitere Staaten nicht an dem im März begonnenen Verhandlungsprozess.

Die Unterzeichnenden unterstützen die Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit für den Erhalt der Zivilisation und die Verbesserung menschlicher Lebensgrundlagen sowie als potentiellen Schritt zu internationaler Abrüstung und Entspannung.

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

- **Sich als Teil der weltweiten Bewegung der Mayors for Peace gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese ihr „Nein“ zu den Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen zurücknimmt und sich konstruktiv am Prozess beteiligt.**
- **dass Köln an die über 400 deutschen Städte der Mayors für Peace herantritt, damit sie die Bundesregierung nachdrücklich auffordern, sich entschlossen für den Abzug der in Büchel stationierten US-Atombomben einzusetzen und sich ihrer Modernisierung zu widersetzen.**

Präsidium

Beschluss des 62.
Studierendenparlaments vom 08.
Mai 2017

62. Studierendenparlament der Universität zu Köln



Name	Adresse	Unterschrift

Präsidium

Beschluss des 62.
Studierendenparlaments vom 08.
Mai 2017

Begründung

Atomwaffen gefährden die Existenz der Menschheit, die Gefahren atomarer Bewaffnung sind durch die globale Zuspitzung zwischen den Atommächten USA und Russland verschärft. Trotz erheblichen Abrüstungsschritten im Zuge der Entspannungspolitik konnten bisher die Verbreitung und technische Weiterentwicklung dieser Massenvernichtungswaffen nicht gestoppt werden. Umso mehr ist der auf Ebene der Vereinten Nationen initiierte Prozess zu begrüßen. Die enormen finanziellen Mittel und gewaltigen Anstrengungen, welche die nukleare Hochrüstung erfordert, werden dringend zur Lösung der globalen Herausforderungen – der umfassenden Realisierung von Ernährung, Gesundheit und Bildung, also Frieden – benötigt.

Das Ziel der Mayors for Peace ist u. a. die Solidarität mit anderen Städten, die die Abschaffung von Atomwaffen fordern.

Am 8. Juli 1996 hat der Internationale Gerichtshof in einem Rechtsgutachten festgestellt, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtswidrig sind.

Im Oktober 2003 beschließen die Mayors for Peace die Kampagne „2020 Vision“, in der die Atomwaffenfreiheit bis zum Jahr 2020 gefordert wird.

Der damalige Bundesaußenminister Steinmeier verlangte im April 2009 den Abzug aller US- Atomwaffen aus der BRD (Standort Büchel bei Cochem).

Im Koalitionsvertrag von Oktober 2009 (Union und FDP) sagt die Bundesregierung zwar den Abzug der Atomwaffen zu, Bundeskanzlerin Merkel bricht diese Zusage, indem sie fordert, dass der Abzug nicht im Alleingang durchgeführt werde.

62. Studierendenparlament der Universität zu Köln



Im März 2010 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit, die Bundesregierung solle sich mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen einsetzen.

Immer mehr Menschen in aller Welt fordern einen Abzug/ die kontrollierte Vernichtung/ Nichteinsatz dieser geächteten Vernichtungswaffen. In der BRD sind das schon laut einer Forsa-Umfrage von März 2016 nahezu 93 Prozent der Bevölkerung.

An dieser Mehrheit darf kein Staat vorbei regieren.

Präsidium

Beschluss des 62.
Studierendenparlaments vom 08.
Mai 2017

Erstunterzeichner (Stand 5. Mai. 2017)

Rolly Brings (Musiker) , Professor Dr. Norbert Finzsch (Historiker), Doğan Akhanlı (Autor),
Professor Christoph Butterwegge (Politikwissenschaft, Universität Köln), Dr. Albert Manke